Der oberschlesische Wanderer

Nr. 90
96. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Dienstag, den 15. April 1924

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 15 Goldpfennig, f. poln. Oberschl. 300 000 Poln Mk.

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

„Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien die Woche 60 Goldpfennige, in Polnisch-Oberschlesien 1500000 polnische Mark, im voraus zahlbar frei Haus. Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM. — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einspaltige mm-Zeile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM, für auswärtige Anzeigen die einspaltige mm-Zeile 0,12½ GM, im Reklameteil 0,50 GM. Amtliche, Finanz- und Heilmittelanz im Industriebezirk 0,20 GM, amtl. Anzeigen auswärts 0,30 GM. In Polnisch-Oberschlesien die mm-Zeile 0,10 bezw. 0,40 GM, umgerechnet nach dem jeweiligen Stande der poln. Mk. Angebots- und Auskunftsvermittlg. 0,10 GM. Beilagengebühr 4,— GM ‰. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Der Kampf um die Gutachten

Cb. Berlin, 15. April. Außer den Deutschnationalen hat auch die neue nationalliberale Vereinigung dem Reichskanzler einen Protest zugestellt gegen eine Bindung der jetzigen Regierung in der Frage des Sachverständigen-Gutachtens. Heute um 12 Uhr wird der Reichskanzler Vertreter der Sozialisten und der Gewerkschaften empfangen.

Das deutsche Ja

§§ Gleiwitz, 14. April.

Als Mitte der letzten Woche das Gutachten in seinen Grundzügen in Berlin bekannt wurde, und die ersten Beratungen unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Jarres stattfanden, war man sich noch unschlüssig darüber, ob die gegenwärtige Regierung überhaupt eine bindende Erklärung abgeben oder ihrer aus dem neuen Reichstag zu bildenden Nachfolgerin diese schwere Verantwortung überlassen solle. Man rechnete dabei mit französischer verschleppender Behandlung und glaubte sich Zeit nehmen zu können.

Die rasche Entscheidung der Reparationskommission, deren Gründe vorläufig noch im Dunkeln liegen, nötigt die deutsche Regierung zu schnellem Handeln. Daß man dies erkannt hat, ist bereits sichtbar. Aber es gibt noch ein anderes und viel wichtigeres Symptom dafür daß der deutsche Entschluß schon jetzt völlig feststeht. Schon am letzten Sonnabend ließ der Reichsverband der Deutschen Industrie durch seinen Vorsitzenden, Dr. Borge, erklären, daß die deutschen Industriellen trotz der schweren Belastungen, welche sie auf sich zu nehmen hätten, die Annahme der Sachverständigenvorschläge für unbedingt notwendig hielt, weil sie unter den gegebenen Umständen das relativ günstigste darstellten, was Deutschland zu erwarten habe. Damit hat die deutsche Großindustrie den Kampf, den sie bisher gegen jede Erfüllungspolitik geführt hat, eingestellt. Der Spruch der Industrie nimmt die Regierung vor dem Bannstrahl der deutschnationalen und völkischen Opposition oder macht diese wenigstens ungefährlich und befreit die kommenden Reichstagswahlen von der gefährlichsten Parole, die ihr die rechtsradikale Opposition zu geben beabsichtigt war: „Gegen einen neuen Schandfrieden".

Die Tatsache, daß die politische Stellungnahme zu dem Sachverständigengutachten im Sinne der Annahme entschieden werden muß, beseitigt keineswegs die Pflicht sachlicher Kritik in den Einzelheiten des Vorschlages. Man muß sich davor hüten, daß im deutschen Volk nun, nachdem sich die entscheidenden Faktoren für Annahme entschieden haben, der Eindruck entsteht, daß nun alles Uebels Ende gekommen und ein Zeitalter unbegrenzter Glückseligkeit für Deutschland hereinbreche. Nichts ist falscher als eine solche Betrachtung des materiellen Inhalts der Gutachten. Das treffendste Urteil darüber scheint uns der Engländer Keynes gefällt zu haben; er schreibt in seiner Wochenschrift „Nation": das Gutachten der Sachverständigen atme einen neuen Geist und rede die Sprache eines vernünftigen Mannes, der sich in einem Irrenhause befinde und sich den Insassen desselben anpassen müsse. Trotz dieser Anpassungen sagt Keynes, verliere er jedoch niemals die Vernunft und es scheine, daß durch das Gutachten Deutschland vor der Gefahr der Unterdrückung und des Ruins geschützt werden könne. Dieses Urteil eines der rigorosesten Bekämpfer der bisherigen Reparationspolitik gibt Deutschland eine gewisse Hoffnung, darauf, daß die Aussicht auf Befreiung von Fremdherrschaft winkt. Nur dies kann und soll uns zu der Zusammenfassung aller Kräfte befähigen, welche nötig sein wird, um die schweren Lasten der Reparation zu tragen, Lasten, die wir in geringerem Maße und mit noch ungeschwächtem Volkskörper hätten übernehmen können, wenn wir schon vor 2 Jahren den geschlossenen nationalen Willen hierzu hätten aufbringen können.

Frankreichs Amerikaschulden

(:) Genf, 15. April. (Privattelegr.) Der Herald meldet aus Washington: Senator Johnson interpellierte Hughes über den Stand der Verhandlungen mit Frankreich betreffend Zahlung der französischen Schulden an die Union. Ein Antrag des Senators Borah, der 18 Unterschriften trägt, wünscht vom Präsidenten die endgültige Regelung der Kriegsschuldenfrage durch Abmachungen, die die geliehenen Summen spätestens bis 1926 der Union zurückführten.

Die schwankende Regierung

Cb. Berlin, 15. April. (Eig. Bericht.) Nachdem die Reichsregierung noch Sonntag früh erklären ließ, die Micumverträge würden in der jetzigen Form unbedingt abgelehnt werden, gibt sie heute früh zu, daß sie sich wiederum dem Diktat Frankreichs gefügt hat. Die Verträge sind bis 15. Juni verlängert. Die Unterschriften werden heute vollzogen. Der Reichsfinanzminister und der Innenminister haben gegen die Verlängerung im Kabinett gestimmt. Für die Finanzierung der Leistungen soll versucht werden ausländisches Kapital heranzuziehen.

Bis zum Weißbluten ...

Cb. Zürich, 15. April. (Eig. Ber.) Die „Neue Zürcher Ztg." meldet aus Rom: Die faszistische Presse hat inzwischen in der Frage der Expertenberichte eine Schwenkung gegen Deutschland gemacht. Die faszistische „Italia" schreibt, Deutschland werde bis zum Weißbluten zahlen müssen, ohne zunächst eine Milderung des militärischen Drucks zu erfahren.

Verständigung mit der Micum

Genf, 15. April. Der neue Besuch v. Hoesch im Ministerium des Aeußern hat, wie der Temps meldet, das Teilzugeständnis Deutschlands gebracht, die finanziellen Verpflichtungen über die Micumverträge fortzuleisten, sofern Frankreich in eine völlige Neuordnung der Reparationen auf Grund der Expertengutachten einwilligt. Ministerialdirektor Della Rocca habe die deutschen Vorschläge nur zur Kenntnis nehmen können, und bemerkt, daß er eine Stellungnahme, ob sie den französischen Forderungen genügen, dem Ministerpräsidenten vorbehalten müsse.

„Mitleidiges Lächeln"

Ein holländischer Vorstoß gegen Stresemann.

Rotterdam, 15. April. (Privat.) Der Courant schreibt über Deutschlands Lage am Wochenende: Herr Stresemann hat seit 4 Wochen in jeder Wahlversammlung feierlich versichert, Deutschland könne nicht und werde nicht mehr die Micumverträge erneuern. Daß Herr Stresemann nun doch erneuert hat, beweist abermals die Vielseitigkeit des führenden deutschen Staatsmannes. Genau so hatte vor 9 Monaten Herr Stresemann mit Emphase fortgesetzt erklärt, ohne Herausgabe der Ruhrgefangenen würde der passive Widerstand nie aufgegeben und 14 Tage später konnte er anders. Auch die neuen feierlichen Erklärungen Stresemanns, die Vorbedingung für die Annahme der Expertengutachten, sei die volle Wiederherstellung der Reichshoheit, erweckt bei der ganzen Mentalität Stresemanns im Ausland ein mitleidiges Lächeln für die Gutgläubigkeit des von ihm geführten Deutschland. Im Ausland ist kein einziger Mensch vorhanden, der nicht schon seit 8 Tagen weiß, Herr Stresemann wird auch diesesmal erfüllen — er wird immer ein Nein sagen und nachher — anders können."

Belgiens Entgegenkommen

TU. Brüssel, 15. April. Gestern vormittag hat unter dem Vorsitz von Theunis ein Kabinettsrat stattgefunden. Zur Sprache gelangten hauptsächlich die Sachverständigenberichte. Es verlautet, daß die belgische Regierung mit den in den Berichten niedergelegten Grundsätzen einverstanden ist und, was die Aufhebung der Wirtschaftskontrolle im Ruhrgebiet anlangt, einen entgegenkommenderen Standpunkt als das französische Kabinett einzunehmen gedenkt.

Mündliche Verhandlungen

Cb. Berlin, 15. April. (Eig. Ber.) Das Reichskabinett hat sich gestern für die Entsendung von Vertretern nach Paris entschieden. Zunächst soll eine schriftliche Mitteilung bis 17. April an die Reparationskommission gehen und sodann, im Zusammenhang mit den politischen Fragen, mündliche Verhandlungen in Paris beginnen. Voraussichtlich wird dieses erst in der Woche nach Ostern der Fall sein.

Asquith zur Lage

K. Rotterdam, 15. April. (Privattelegr.) Westminster Gazette bringt einen Artikel Asquiths zum Expertenbericht. Asquith schreibt, die Sachverständigenvorschläge seien sorgfältig ausgearbeitet. Deutschland sei zur Wiedergutmachung der Verwüstungen anzuhalten. Darüber hinaus gingen jedoch die Reparationspflichten nicht. Alles was ohne Englands Zustimmung im Ruhrrevier geschehen wäre, sei zurückzunehmen. Aber die Haltung des Kabinetts Macdonald neige wieder zur Schwäche.

Rücktritt des Justizministers

TU. Berlin, 15. April. Die „D. A. Z." schreibt: Wie wir hören, ist damit zu rechnen, daß der Reichsjustizminister Dr. Emminger von seinem Posten zurücktreten wird. An zuständiger Stelle war in den gestrigen Abendstunden noch keine Bestätigung dieser Nachricht zu hören, doch könnte die Wahrscheinlichkeit dieses Rücktrittes nicht bestritten werden.

Nur kein Zusammenarbeiten

Berlin, 15. April. (Privat.) Eine sozialdemokratische Funktionärversammlung des Kreises Teltow faßte am Sonntag einstimmig einen Beschluß an den Parteivorstand, der sich gegen ein weiteres Zusammenarbeiten der sozialdemokratischen mit den bürgerlichen Ministern des Preußenkabinetts aussprach und für eine scharfe Wiedertrennung zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum auch in Preußen. Ein Richterfelder Funktionär wies auf die Massenaustritte der Arbeiter aus der Partei hin, die sich bei Fortsetzung der Kompromißpolitik mit dem Bürgertum in Preußen zu einer Katastrophe gestalten könnten.

Progrome in in Rumänien

(:) Basel, 15. April. (Privattelegr.) Die Basl. Nachr. melden aus Bukarest: Die antisemitischen Progrome in Bukarest und Czernowitz haben schwere Opfer gefordert. Die Regierung hält mit Einzelheiten zurück, in Bukarest wurde das Kriegsrecht verkündigt.

Ueberwachung der Preisgestaltung

G Berlin, 15. 4. (Privattelegramm). Infolge des neuerlichen Anziehens aller Preise im Groß- und Kleinhandel hat der preußische Minister des Innern die Polizeiverwaltungen angewiesen, die Preiskalkulation von neuem scharf überwachen zu lassen und gegen jeden unberechtigten Gewinnaufschlag, der die Vorkriegsgewinnspanne überschreitet, durch Anzeige bei der Staatsanwaltschaft einzuschreiten. — In Berlin hat die letzte Woche Preissteigerungen bis zu 12 und 15% gebracht.

Die Einkreisung Rußlands

= Berlin, 14. April.

Der Konflikt zwischen Rußland und Rumänien hat, trotz der brennenden Probleme des Ruhrgebietes und der Reparationen, doch auch die Blicke der Oeffentlichkeit in Deutschland wieder auf die Vorgänge gelenkt, die sich im Osten vollziehen und die für die Gestaltung des künftigen politischen Weltbildes nicht minder wichtig sein können als die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland. Man wird sich erinnern, daß im letzten Drittel des vergangenen Jahres Rumäniens bis dahin ungetrübtes Verhältnis zu Frankreich einen gewissen Stoß erlitt durch die Weigerung der rumänischen Regierung, die von Frankreich angebotenen Militärkredite unter den geforderten Bedingungen anzunehmen. Es entwickelte sich aus dieser Entfremdung bald eine größere Annäherung Rumäniens an Italien, die aber aus Gründen, welche vorläufig noch einigermaßen im Dunkel liegen, schließlich doch zu keiner dauernden Vereinbarung führte, sondern vielmehr alsbald ergebnislos im Sande verlief. Italien hat inzwischen mit Rußland seinen Frieden gemacht; Rumänien aber lenkte alsbald in die traditionelle Bahn des freundschaftlichen Bündnisverhältnisses zu Frankreich wieder ein und setzte der russischen Forderung einer Volksabstimmung in Bessarabien, die das Vorspiel einer dauernden Verständigung zwischen beiden Staaten sein sollte, ein schroffes Nein entgegen. Man wird in diesem Ausgang der Wiener Konferenz einen Triumph der französischen Diplomatie erblicken müssen, die in dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium der europäischen Lage offenbar die Hoffnung auf eine direkte französisch-russische Verständigung einigermaßen aufgegeben hat und zu der früheren Methode zurückgekehrt ist, Rußland von allen Seiten einzukreisen. Was Polen anlangt, so liegt seine Gegnerschaft zu Rußland in der Natur der Dinge; Rumänien ist gegenwärtig im Begriff, sich in das französische Einkreisungssystem einbeziehen zu lassen, welchem Zweck augenscheinlich der Besuch des rumänischen Königspaares in Paris dient. Und schließlich haben die mannigfachen Kombinationen und Gerüchte, die von einer Ausdehnung dieses Einkreisungssystems auch auf Japan wissen wollen, trotz aller offiziellen Dementis einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich. Der russisch-japanische Gegensatz ist augenblicklich gelegentlich des Konfliktes zwischen Rußland und China in Sachen der chinesischen Eisenbahnfrage besonders akut. Es ist niemals bezweifelt worden, daß hinter dem chinesischen Widerstand, sich den russischen Wünschen zu fügen, in erster Linie Japan steht. Japan befürchtet schon lange von dem unheimlichen Anwachsen der russisch-kommunistischen Propaganda im fernen Osten eine ernste Gefährdung seiner dortigen Interessen. Die Kernfrage, wohin diese ganze politische Entwicklung schließlich führt, liegt aber im Grunde in dem Verhältnis Frankreichs zu den angelsächsischen Mächten, und, noch genauer präzisiert bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Daß sich die französische Politik in der gleichen Weise wie gegen Rußland, auch gegen England richtet, hat man in London längst erkannt. Deutlich werden die Umrisse einer neuen weltpolitischen Konstellation sichtbar, in der England und Rußland auf der einen, Frankreich mit seinen Vasallenstaaten auf der anderen Seite um das Imperium der Welt ringen. Für den Ausgang dieses Kampfes aber, der nicht notwendig mit kriegerischen Mitteln geführt werden muß, ist die Stellungnahme Nordamerikas von ausschlaggebender Bedeutung, weil Nordamerika wirtschaftlich diplomatisch und militärisch so ungeheuer viel in die Wagschale zu werfen hat, daß von seiner Entscheidung das Uebergewicht schließlich abhängen muß.

Verbot der „Roten Fahne"

TU. Berlin, 15. April. (Eig. Ber.) Halbamtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Inneren hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Februar 1924 die Rote Fahne auf 2 Wochen verboten. In der letzten Sonntagnummer dieser Zeitung war eine vom Parteitag der K. P. D. gefaßte Resolution abgedruckt worden, durch die zum Sturz der geltenden Verfassung auf revolutionärem Wege, insbesondere durch den bewaffneten Aufstand und durch vorbereitete bewaffnete Teilkämpfe aufgefordert wird. Durch eine besondere Verordnung